

Dossier

Joseph Rován, die deutsch-französischen Beziehungen und Europa

Festvortrag

HELMUT KOHL*

Meine Damen und Herren, was Joseph Rován zum Nein der Franzosen zur Europäischen Verfassung gesagt hätte, kann ich nur ahnen. Sein Urteil wäre nicht viel anders ausgefallen als das meine. Es wäre ein Urteil gewesen voller Häme darüber, dass man zu einer solchen Frage ein Referendum durchführen lässt. Das Testament der Königin Christine von Schweden wäre ihm in den Sinn gekommen, die ihrem Erben geschrieben hat: „Mein Sohn, Du glaubst nicht, mit wieviel Dummheit die Welt regiert wird.“

Ohne auf das Ergebnis des Referendums selbst einzugehen, will ich aber nur kurz anmerken: Lassen Sie sich von dieser Berliner, vielleicht auch Pariser Infektion nicht anstecken. Was immer jetzt passieren wird – in Europa wird es weitergehen. Ich kann nicht den geringsten Grund sehen, sich über die Entwicklung in Europa Sorgen zu machen. Während der vielen Jahrzehnte, die ich auf europäischer Ebene zugebracht habe, hieß es oft: Es geht nicht mehr weiter. Doch dann ging es wieder weiter. Für mich gilt in dieser Hinsicht ein einfacher Pfälzer Bauernspruch, der besagt: „Das große Wasser nimmt das kleine Wasser mit.“ Die Volksbefragungen sind das kleine Wasser, und das große Wasser ist die Entwicklung auf dem Weg nach

Europa. Meine Damen und Herren, wenn Sie sich in diesen Wochen der Ferienzeit einmal in Europa umsehen, am Piccadilly, am Eiffelturm, an der spanischen Treppe, bei uns am Rhein oder auch an der Karlsbrücke in Prag, dann treffen sie auf junge Menschen Anfang 20, die längst „jenseits des Berges“ angekommen sind. Für die ist dieses jetzt begonnene Jahrhundert ihr Jahrhundert. Wenn ich zurückblicke auf das Jahr 1982, als ich Bundeskanzler wurde, so war der Tenor der damaligen Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen – wir durchlebten die schlimmste Entwicklung der Gemeinschaft – „Eurosklerose“. Das war das Schlagwort der Stunde: eine Krankheit als Sinnbild für die Entwicklung in Europa. Glauben Sie mir: In zwei oder drei Jahren werden wir erlebt haben, dass es in Europa weitergegangen ist. Gerade vor ein paar Tagen konnte ich mich in Washington davon überzeugen, dass man in der Umgebung des Weißen Hauses natürlich nicht ohne Häme auf die aktuellen Schwierigkeiten in Europa blickt. Aber die sehr geschickte *Condoleezza Rice* weiß auch, dass dies nur ein Zwischenstadium ist, aber nicht das Endstadium in Europa.

Das Fortschreiten auf dem Weg der europäischen Einigung schulden wir auch unse-

* Helmut Kohl, Bundeskanzler a.D.

rem verstorbenen Freund Joseph Rován. Er war nicht nur ein großer Historiker, Publizist und Brückenbauer zwischen Deutschland und Frankreich; ich selbst denke vor allem an den Mann, den ich als Student in den 1950er Jahren kennen lernte: Ein Mann, der gerade aus Dachau kam und der in den 1950er Jahren beinahe entspannt über seine Zeit berichtete, – dies war für uns als junge Menschen eine Faszination sondergleichen. Hinzukam ein hohes Maß an intellektueller Bescheidenheit. Die nahm zwar ab und zu etwas ab, wenn er auf Konkurrenten traf. Doch, salopp gesagt: Er war ein großartiger Mann. Ich persönlich habe in diesen Jahren viel Freundschaft, Kameradschaft und Unterstützung von ihm erfahren. Wenn man in verschiedensten Funktionen nach Paris kam und die Gelegenheit hatte, ihn zu treffen, so berichtete er stets von den neuesten Nachrichten aus dem Élysée-Palast (eine geheimnisvolle Welt für sich, die normale Menschen überhaupt nicht verstehen, aber ich glaube, diejenigen im Élysée-Palast in der Regel auch nicht): Gerüchte darüber, wer jetzt mit wem möglicherweise Allianzen einginge, und wie das neue Kabinett aussehen werde etc. Das war immer ganz faszinierend. Und er tat dies mit einer großen inneren Hingabe und Freude. Er verfolgte einfach ein Lebensziel: Er wollte nach seinen Erfahrungen seinen Beitrag für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich leisten. Das tat er vor allem als Präsident des Bureau International de Liaison et de Documentation (B.I.L.D.) in Paris, aber auch in zahlreichen anderen Funktionen. „Le B.I.L.D.“, das 1945 von Jean du Rivau gegründet wurde, hat sich von Beginn an die Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich zur zentralen Aufgabe gemacht. Die Verständigung zwischen beiden Ländern sollte die Einigung Europas vorantreiben. Dies war 1945, meine Damen und Herren, noch eine Vision.

Im September 1946 hielt Winston Churchill seine aus meiner Sicht bedeutendste Rede

nach dem Zweiten Weltkrieg vor Züricher Studenten. Er forderte die Einigung Europas und die Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen. Und sein Katalog an Empfehlungen für Europa vom Herbst 1946, weniger als anderthalb Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, stimmt im Grunde in allen Punkten mit den heutigen Schwierigkeiten in Europa überein: So zum Beispiel die Frage und Problematik eines Direktoriums, der Respekt der großen vor den kleinen Staaten etc. Seine Rede war praktisch ein Handbuch für das Lernen von Außen- und von Sicherheitspolitik. Die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich sollte die Einigung Europas vorantreiben. Und ich will nicht boshaft sein, wenn ich als Pfälzer und Mann vom Rhein auch daran erinnere, dass nur wenige Wochen später Charles de Gaulle noch in Straßburg das linke Rheinufer in seiner Gänze für Frankreich verlangte. Daran wird deutlich, wie visionär und klug Churchills Rede war.

Joseph Rováns Einsatz für die deutsch-französische Sache war in seiner Herkunft und in seinem Lebensweg angelegt. Er war Franzose, aber er war ein Franzose, der seine Wurzeln in Deutschland hatte. Er sah sich als „einen Franzosen, der einmal ein Deutscher war“, so beschrieb er sich selbst in seinen Memoiren. In seinem Leben spiegelt sich die wechselvolle Geschichte Frankreichs und Deutschlands in diesem Jahrhundert wider, die furchtbaren und die großartigen Kapitel. Joseph Rován wurde 1918 in München geboren, praktisch mitten in die damalige Revolution hinein. Er wuchs in einer protestantischen Familie jüdischer Abstammung auf, ging in Wien und Berlin zur Schule und folgte dann seinem Vater 1934 in die Emigration nach Paris. Rován absolvierte, wie sich das gehört, dann in Frankreich die hohen Schulen und beendete das Studium der Germanistik und der Politikwissenschaft mit glänzendem Erfolg. Er war 1939 als Soldat im Kriegsdienst und ging 1941 in Lyon zur Résistance; er

wählte nicht den einfachen Weg, sondern den gefährlichen. 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet, gefoltert und ins Konzentrationslager Dachau deportiert. Man muss sich an dieser Stelle einmal die Realität der Zahlen bewusst machen: Von den 2 400 Transporthäftlingen starben allein 900 auf der Fahrt ins Lager. Von dieser Zeit handeln Rovans 1987 veröffentlichte „Geschichten aus Dachau“ – ein Buch, das ich oft jüngeren Menschen ausgeliehen habe. Ich bin immer wieder von der ungeheuren pädagogischen Wirkung dieses Buches überrascht. Um die ganze Lebensleistung Joseph Rovans ermessen zu können, muss man sich vor Augen führen, dass es alles andere als selbstverständlich war, dass ein aus München, aus Deutschland stammender Jude, der das Konzentrationslager überlebt hatte, den Deutschen die Hand reichte. Joseph Rovans ist auf diese Art schon sehr früh, und zwar nicht zuletzt für junge Menschen wie ich damals einer war, zu einem Vorbild der Menschlichkeit geworden.

Nur fünf Monate nach seiner Befreiung aus dem Konzentrationslager Dachau rief er in einem damals viel beachteten Aufsatz zu einem menschlichen Umgang mit dem besiegten Deutschland auf. Er schrieb wörtlich: „Je mehr unsere Feinde die Züge des menschlichen Gesichts ausgelöscht haben, umso mehr müssen wir diese in ihnen selbst respektieren, ja sogar verschönern.“ Wenn man diese Botschaft liest, versteht man, was ihn, ungeachtet seiner konfessionellen Herkunft, zutiefst auch in seiner religiösen Überzeugung beschäftigt hat. Er hat diesen Satz ganz einfach in seinem Leben in die Tat umgesetzt. Er hat sich mit Leidenschaft und Energie als Mitarbeiter der UNESCO, als politischer Berater, als Publizist und als Hochschullehrer für die deutsch-französische Verständigung und vor allem für die Einigung Europas eingesetzt.

Die Aussöhnung und Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich war auch eines der zentralen außenpolitischen Anlie-

gen Konrad Adenauers. Im Oktober 1949 bei seiner ersten Regierungserklärung nach seiner Wahl zum Kanzler sagte Adenauer im Bundestag sinngemäß: „Wir wollen nach diesen Jahren der nationalsozialistischen Barbarei wieder Frieden, Aussöhnung und Freundschaft mit allen unseren Kriegsgegnern von gestern. Wir wollen dies vor allem mit Frankreich, aber auch mit Polen und mit Israel.“ Der Aussöhnungsprozess fand seinen formellen Abschluss 1963 im Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrag mit Adenauer und Charles de Gaulle in Reims. Dieser Vertrag war Ausdruck des Wunsches beider Völker, endgültig und unwiderruflich ein neues Kapitel in den Beziehungen aufzuschlagen. Und jetzt sage ich anknüpfend an meine kurze Eingangsbemerkung: Regierungen kommen und gehen, meine Damen und Herren; aber diese Praxis unserer Zusammenarbeit und unseres Miteinanders bleibt und wird heute von Millionen Menschen geteilt, auch wenn sie nicht jeden Tag neu diskutiert und formuliert wird. Diese Freundschaft ist im Laufe der Jahre zu einer Art Schicksalsgemeinschaft für unsere Völker geworden.

Und wie meistens bei Freundschaften gab es in diesen letzten vier Jahrzehnten auch Zeiten der Reibungen und Missverständnisse. Sie blieben nicht aus, nicht nur in unseren beiden Ländern, sondern auch bei unseren Freunden und Partnern. So war es für Margaret Thatcher schlicht ein Albtraum, dass die Deutschen und die Franzosen „miteinander kungelten“ und sie darüber keine Kontrolle hatte. Als ich nach meiner Wahl zum Kanzler und nach der Entwicklung der sehr persönlich-freundschaftlichen Beziehung zu François Mitterrand mit ihm vereinbarte, dass wir uns grundsätzlich und ungeachtet der jeweiligen Tagesordnung am Morgen vor Sitzungsbeginn trafen und miteinander sprachen, war es für Margaret Thatcher schlichtweg nicht vorstellbar, dass wir in dieser Zeit nicht die ganze Tagesordnung „abkarteten“

und gemeinsam die Schliche für die folgenden Verhandlungen überlegten. In Wirklichkeit sprachen wir meistens überhaupt nicht über die Tagesordnung.

Manche meinen, vor dieser engen Allianz zwischen Deutschland und Frankreich waren zu müssen. Doch haben sich diese Befürchtungen als haltlos erwiesen. Im Gegenteil, ich glaube man kann sagen und zwar mit einigem Stolz: Die deutsch-französische Freundschaft ist eine entscheidende Voraussetzung für den europäischen Einigungsprozess geworden. Hinzukommt, dass, solange die Deutschen und die Franzosen ihre Überlegungen zu Europa bis hin zur Planung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion Mitte der 1980er Jahre miteinander besprachen, auch offen gegenüber und mit anderen Partnern, eine große Gewähr gegeben war, dass auch unsere amerikanischen Partner und Freunde diesen Weg mit Wohlwollen betrachteten. Gelegentlich begegneten sie dieser Entwicklung auch mit blankem Unverständnis. Denn wieso sollten eigentlich die Europäer nach 200 Jahren kriegerischer Auseinandersetzungen plötzlich zu der Erkenntnis kommen, dass sie sich zusammenfinden müssen, um gemeinsam eine Union aufzubauen? Dies ist einer der Gründe, warum die Amerikaner solange brauchten, an die Einführung des Euro zu glauben. Und sie hätten nie geglaubt, dass der Euro einmal stärker sein würde als der Dollar.

Ein weiteres wertvolles Element zeichnet in meinen Augen die Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen aus: Die Verpflichtung zur regelmäßigen Konsultation. Sie hat die Regierungen überdauert, und zwar gleich welcher parteipolitischen Ausrichtung. Und deswegen sage ich warnend auch für die Zukunft (über die Gegenwart will ich mich jetzt nicht äußern): Die Fragen, die hier anstehen, sind von einer Dimension, dass man sie über den nächsten Wahltag hinaus denken muss. Und dies wurde von Konrad Adenauer, Willy Brandt und in seiner eige-

nen Weise auch nicht zuletzt von Helmut Schmidt so praktiziert.

Der Freundschaftsvertrag zwischen unseren beiden Ländern wurde in der Folge besonders auf kulturellem Gebiet durch zahlreiche Initiativen, Partnerschaften und Projekte mit Leben gefüllt. Dazu gehört auch die Arbeit der insgesamt 230 Deutsch-Französischen Gesellschaften, der rund 1 900 Städtepartnerschaften und des Deutsch-Französischen Jugendwerks, das seit 1963 über 5 Millionen junge Deutsche und Franzosen betreut hat. Ich würde es zutiefst bedauern, wenn wir bei diesen Aktivitäten nachließen. Diese Entwicklung war keinesfalls selbstverständlich, wenn man bedenkt, dass Frankreich noch vor fünf Jahrzehnten als unser Erzfeind galt. Und heute sind wir Freunde. Der Rhein als natürliche Grenze hat seine trennende Bedeutung verloren.

Die deutsch-französische Freundschaft ist zu einem Grundpfeiler der europäischen Zusammenarbeit geworden. Sie ebnete den Weg zur Europäischen Gemeinschaft und der späteren Europäischen Union. Aus der 1957 gegründeten Europäischen Gemeinschaft mit sechs Mitgliedstaaten ist eine Union von 25 Staaten geworden. Am 1. Mai 2004 folgte mit zehn Ländern die größte Erweiterung der EU in ihrer Geschichte. Allein acht der zehn neuen Mitgliedsländer lagen noch vor 20 Jahren jenseits des Eisernen Vorhangs, mit ihrem Beitritt zur EU ist die Wiedervereinigung Europas endgültig vollzogen. Darauf haben wir lange gewartet und lange hingearbeitet. Neben der Erweiterung der EU war die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung des Euro am 1. Januar 2002 der entscheidende wichtige Schritt. Heute steht fest, dass die Europäische Union dank des Euro zu einem attraktiven Wirtschaftsraum geworden ist. Der Euro ist schon jetzt eine Erfolgsgeschichte, und er hat sich neben dem Dollar und dem Yen als wichtigste Währung der Welt etabliert. Der Euro hat den europäischen Einigungsprozess irreversibel

gemacht, die Wirtschafts- und Währungsunion ist unumkehrbar geworden. Und mit der Einführung des Euro und der Erweiterung der Europäischen Union sind zwei zentrale Bauabschnitte im Hause Europa abgeschlossen worden.

Meine Damen und Herren, ich persönlich bin ganz sicher, dass wir – ungeachtet der jetzigen Debatte – innerhalb des ablaufenden Jahrzehnts erleben werden, dass Bulgarien und Rumänien als weitere Mitglieder diesem Hause Europa beitreten. Ich sehe dazu keine Alternative. Überhaupt werden wir innerhalb der nächsten zehn Jahre in der Frage der Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawien sehr viele wichtige Entscheidungen zu treffen haben, die keine Verzögerung vertragen.

Wir dürfen allerdings, das sage ich auch, die Europäische Union nicht überdehnen. Sie hat aus meiner Sicht geographische und geschichtlich begründete Grenzen. Auch in der erweiterten Union gilt das Prinzip, dass jedes Land eine Stimme hat. Es darf kein großes Direktorium der großen gegen die kleinen Staaten geben. Wir brauchen, so schwer das sein mag, ein gleichberechtigtes Miteinander. Vieles von dem, was ich in diesem Bereich der Außenpolitik gelernt habe, habe ich von Konrad Adenauer. Und er hat uns Jüngeren gelegentlich Ratschläge mitgegeben, die wir zunächst überhaupt nicht verstanden. Einer dieser Ratschläge war immer, dass wir darauf achten müssten, mit den Luxemburgern „gut zurande zu kommen“. Sie hätten zwar nur 400 000 Einwohner; aber wenn sie über uns Deutsche gut redeten, dann habe dies weitreichende, positive Wirkungen. Ich habe in meinem späteren politischen Leben erlebt, auch bei der Frage der Wiedergutmachung für die vielen Opfer, die Luxemburg durch das Dritte Reich erlitten hatte, dass dieser Ratschlag gut war.

Und wenn jetzt die baltischen Staaten oder die Slowaken freundlich über uns reden, dann ist dies eine gute Entwicklung. Wenn ein Land mit seinen Schwierigkeiten wie die

Slowakei jetzt auf uns schaut und wir ihm helfen – nicht im Sinne einer Vormundschaft –, dann trägt das reiche Früchte. Dagegen wird es keine reichen Früchte tragen, wenn der Élysée-Palast und auch Berlin den Slowaken, die ihre Steuersätze gesenkt haben, um konkurrenzfähig zu werden, entgegenhalten, dies verzerre den Wettbewerb und sei deshalb nicht akzeptabel. Diese Kritik ist sehr dreist. Denn wie sollen denn die Slowaken je auf einen grünen Zweig kommen, wenn sie nicht konkurrenzfähig werden? Und konkurrenzfähig werden sie durch ihre Arbeit und durch günstige Produktionsbedingungen. Man kann ja auch die umgekehrte Frage stellen: Ist es nicht unser Fehler, dass unsere Steuersätze zu hoch sind? Das ist eine berechtigte Frage.

Das Direktorium der Großen gegen die Kleinen sehe ich noch aus einem anderen Grund problematisch, und es ist mir unverständlich, warum dieser Aspekt nicht mehr in der Diskussion auftaucht: Wer heute Europapolitik macht, der muss von einfachen Tatsachen ausgehen. Und eine Tatsache ist, dass im heutigen Europa, quer durch alle Völker, ungefähr ein Viertel bis ein Drittel der lebenden Menschen in irgendeiner Form noch das Dritte Reich erlebt haben. Diese Erinnerung lebt, selbst, wenn sie verblasst ist, schlagartig wieder auf, wenn es heißt, die Deutschen wollten wieder eine Vormachtstellung einnehmen. Doch wir sind dazu gänzlich ungeeignet. Wir brauchen als Deutsche nicht immer gebückt herumlaufen. Aber wir dürfen auch nicht vergessen, wer wir sind. Denken Sie nur an das zurückliegende Gedenken an die Befreiung von Auschwitz vor 60 Jahren. Es ist unsere Geschichte, mit guten wie mit schlechten Zeiten. Wir können uns als Deutsche auch nicht von ihr distanzieren, indem wir sagen, wir waren zu jung oder wir waren nicht dabei. Sondern sie bleibt unsere gemeinsame Geschichte.

Von mir aus können die Franzosen und die Verantwortlichen in der Downing Street

ein Direktorium ins Leben rufen, wenn sie es für richtig halten; aber wir Deutschen müssen uns dem nicht anschließen. Wir brauchen heute in Europa ein gleichberechtigtes Nebeneinander der Mitgliedstaaten. Dies ist umso notwendiger, als zwei Drittel der 25 Mitgliedstaaten nur zehn oder weniger als zehn Millionen Einwohner haben – gegenüber 82 Millionen auf unserer Seite. Im Übrigen lässt sich die Bedeutung eines Mitgliedstaates nicht allein an seiner Einwohnerzahl messen. François Mitterrand und ich waren immer der Auffassung, dass es mehr auf das Kriterium der Qualität als auf das der Quantität ankomme.

Ein gutes Beispiel dafür ist Österreich. Obwohl es zu den kleineren Ländern in der EU gehört, ist es im Bereich der Kultur eine Weltmacht. Umso beschämender war es, als im Jahre 2000 14 EU-Regierungen Sanktionen gegen Österreich beschlossen, weil die FPÖ an der Regierung in Wien beteiligt wurde. In Italien hat man sich später zu einem ähnlichen Vorgehen nicht getraut. Das war in Wahrheit die pure Angst vor dem viel größeren Land.

Wir sollten aus solchen Fehlern lernen!

Die Ablehnung des Verfassungsvertrages bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden ist ein Rückschlag. Ich sage Ihnen aber aus meiner Erfahrung: Diese Referendumsergebnisse sind keine Katastrophe! Bei der Einigung Europas ging es oft zwei Schritte vor und einen zurück. Doch mit Zielstrebigkeit und Ausdauer sind wir weitergekommen. Bei dem Referendum in Frankreich lohnt ein Blick in die französische Geschichte: Die Franzosen haben den mächtigen Charles de Gaulle, den Retter der Nation, über ein Referendum zu Föderalismusfragen in den Ruhestand geschickt. Jeder wusste, dass es bei der damaligen Debatte natürlich nicht allein um Föderalismusfragen ging, das heißt, ob die Elsässer und die Lothringer mehr Rechte gegenüber Paris bekommen sollten. Salopp gesagt ging es der Mehrheit der Men-

schen eher darum, de Gaulle zu schädigen. Oder einfacher ausgedrückt: Man wollte ein neues Gesicht sehen.

Und wer in einem Augenblick per Referendum die Frage stellt wie in Frankreich, wo auf Vorschlag der Regierung ein Gesetz beschlossen wurde, das für den Fall eines Beitritts der Türkei in zehn, fünfzehn Jahren eine eigene Volksabstimmung in Frankreich zu diesem Beitritt in Aussicht stellt, der muss wissen, dass er damit Appetit geweckt hat, bei jeder europäischen Abstimmung die Türkeifrage zu stellen. Ich habe nicht die Absicht, hier die Türkeifrage länger zu diskutieren, weil ich zu denjenigen gehöre, die an eine Abstimmungsmehrheit für den Beitritt der Türkei nicht glauben.

Die Aufgabe, die uns jetzt vordringlich beschäftigen muss, besteht darin, die Akzeptanz des europäischen Projektes bei den Bürgern zu stärken. Das sagt sich leicht; aber wenn man mit den Kollegen im Europäischen Parlament spricht, über ihre Erfahrungen im Kontakt mit den Bürgern im Land, im Werben vor Ort, in Versammlungen der eigenen Parteien, dann weiß man, dass die Stärkung der Akzeptanz ungeheuer schwierig ist. Wir laufen Gefahr, dass die EU für jeden denkbaren Ärger verantwortlich gemacht wird. Ich gebe gerne zu, dass an der Kritik an Brüssel etwas dran ist, aber eben nur zum Teil. Ich hab es selbst als Bundeskanzler erlebt und im Übrigen vorher auch als Ministerpräsident, dass ein Großteil der Vorwürfe gegenüber Brüssel wegen bestimmter Entscheidungen in Wirklichkeit nationale Ursprünge hat. Die innerhalb einer nationalen Regierung abgelehnte Vorlage eines Ministers führt nicht selten über den Weg des Europäischen Parlamentes zu einer Empfehlung an die Kommission, in dieser oder jener Frage endlich tätig zu werden. Und dann taucht plötzlich über Umwege die gleiche Sache, die früher in Bonn oder jetzt in Berlin gescheitert war, wieder auf der nationalen Ebene auf. Jacques Delors hat sich eine diebische

Freude daraus gemacht, in einer Art kleinem Tagebuch festzuhalten, wo die Kommission aus seiner Sicht zu abwegigen Entscheidungen gekommen war und wo jeweils der Ursprung zu dieser Entscheidung in einem bestimmten Mitgliedsland lag.

Bei den Fragen der Akzeptanz Europas durch die Bürger ist meiner Meinung nach ein Aspekt ein wenig in den Hintergrund getreten: die Frage der inneren Sicherheit. Ich glaube, wenn es zu einer krisenhaften Entwicklung der EU kommt, wird einer der nächsten Punkte die Frage der inneren Sicherheit sein. Das liegt in der Natur der Sache: Wir sind heute von der Währung her gesehen eines der interessantesten Gebiete in der Welt. Mit dieser Währung hier in Europa kann man gute Geschäfte machen. Europa ist, gemessen an anderen Ländern der Welt, ein reicher Kontinent mit vielen reichen Gegenden. Europa ist somit ein Anziehungspunkt für alle mafiosen Strukturen, ob es nun um Menschenhandel geht oder um Waffenhandel. Diese Organisationen und Banden verfügen über genügend Geld und verfolgen ihre Ziele mit großem Erfolg. Und diese Entwicklung wird sich weiter fortsetzen. An diesem Punkt werden sich viele Menschen sagen: Ich zahle meine Steuern für die Gewährleistung der äußeren und auch der inneren Sicherheit, und deshalb möchte ich Erfolge sehen. Und ich bin absolut sicher, dass alles, was zu einer Verstärkung der inneren Sicherheit beiträgt, in vielen Fällen nur möglich sein wird mit einem Abbau an nationaler Souveränität. Keiner will gern zugeben, dass die eigene Polizei und ihre Organisation nicht hinreichend ausgerüstet sind. Angesichts der schlimmen Kriminalitätsentwicklung hat man gelegentlich den Eindruck, dass, überspitzt formuliert, die zuständigen Stellen der Behörden in der Fußball-Kreisliga spielen und die Akteure der mafiosen Strukturen auf Weltklasseniveau.

Das zweite Element neben der inneren Sicherheit ist für mich die Frage der gemeinsa-

men Außenpolitik. In dieser Hinsicht soll man sich allerdings keine Illusionen machen. Die Vorstellung – und das hat nichts mit dem Europäischen Verfassungsvertrag zu tun –, dass wir sozusagen über Nacht auf ein ganz anderes Level der gemeinsamen Außenpolitik kommen könnten, ist abwegig. Das können Sie schon an den täglichen Berichten aus Afrika erkennen. Nahezu alles, was Sie heute an Konflikten in Afrika beobachten können, hat seinen Ursprung im Kolonialzeitalter, so zum Beispiel die völlig unsinnige Festlegung der Grenzen. Ich habe während meiner Laufbahn oft und nicht ohne Unmut Stunden im Europäischen Rat damit verbracht, mir die damit verbundenen Probleme anzuhören. Ich musste mir in diesen Momenten immer wieder sagen, dass ich dazu schweigen sollte. Denn dass wir keine Kolonien hatten, beruhte ja nicht auf unserer moralischen Überzeugung, sondern auf der Tatsache, dass wir den Ersten Weltkrieg verloren haben. Deswegen haben wir als Deutsche Nation viele Dinge so nicht erlebt wie andere Nationen. So haben die Niederländer, die Belgier, die Franzosen und die Briten, die Portugiesen, die Spanier und die Italiener zu diesem Thema jeweils ihre eigenen Standpunkte, die auf alten Erfahrungen basieren und mit erheblichen wirtschaftlichen Interessen verknüpft sind. Wer also jetzt das Banner der Einigkeit schwenkt und die Umsetzung einer gemeinsamen Außenpolitik für übermorgen fordert, verkennt diese Realitäten.

Meine Damen und Herren, das Europa, von dem ich spreche, ist nicht nur ein Europa der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Es ist vor allem ein Europa der Kultur. Dieses Europa, das wir gebaut haben und weiterbauen, beruht auf geistigen Grundlagen, zu denen die Tradition und die Werte der Antike, des Christentums und der Aufklärung gehören. Und ich möchte noch hinzufügen, dass die Einigung Europas nicht nur eine Sache des Verstandes ist. Dieses Eu-

ropa lässt sich nur bauen mit einem Stück Emotion, als eine Sache des Herzens. Man kann es auch auf die Formulierung bringen: Man muss Europa lieben. Ich glaube, dass die gemeinsame Kultur unseres Kontinents eine starke Quelle der Entwicklung der europäischen Idee ist und bleibt. Und wenn man sich noch einmal die frühen 1950er Jahre mit Konrad Adenauer, Robert Schuman, Jean Monnet und vielen anderen vor Augen führt, dann muss man feststellen – und das gilt auch nach den beiden Volksabstimmungen –, die Lage gab keinesfalls Anlass zu der Annahme, „das mit Europa wird morgen etwas“. Diejenigen, die daran glaubten, galten als Visionäre, und für mich ist es auch die persönlich wichtigste Erfahrung, dass die Visionäre die eigentlichen Realisten sind.

Wir reden die ganze Zeit, ohne viel seinen Namen zu nennen, von Joseph Rován. Er war ein Visionär. Seine Beschreibung, wie er mit einem Handwagen nach den Angriffen auf München einem SS-Mann half, aus seiner zerbombten Wohnung die übrig gebliebenen Matratzen herauszuholen, ist faszinierend. Sie schildert, wie es ja seine Intention war, eine Zwischenstation zu einem größeren Ziel: Rován glaubte an die deutsch-französische Verständigung, er hat ein Leben lang dafür gearbeitet. Er ist ein Teil unserer Geschichte. Und wenn heute tausende junger Franzosen ganz selbstverständlich bei uns in Deutschland studieren, ihrem Beruf nachgehen, und umgekehrt Deutsche in Frankreich, dann realisieren wir, dass aus dem Traum eine Realität geworden ist. In Diskussionen mit Studenten, die ich in großer Anzahl wahrnehme, sage ich gerade den Jungen: Ihr könnt euch noch so sehr über den Zustand der EU erhitzen und darüber, was noch alles geschehen muss. Aber setzt euch doch einmal in euer Auto und fahrt von Saarbrücken über die Route Nationale in Richtung Paris bis auf die Höhe von Verdun. Und dann zählt die 17 großen Wegweiser zu den Soldatenfriedhöfen 1870–71, 1914–18 und 1939–45. Wir wollen

die Toten ehren, wir wollen auch diese Soldatenfriedhöfe pflegen, aber wir wollen nie wieder neue Soldatenfriedhöfe anlegen müssen. Die werden wir nur vermeiden können, wenn wir auf diesem, wie ich zugebe, mühsamen Weg eines geeinten Europas weiter vorankommen. Machen wir uns gelegentlich bewusst, was es heißt, dass es heute eine deutsch-französische Brigade gibt. Sie wäre noch für meinen Vater völlig unvorstellbar gewesen. Aber er hätte sich auch nicht vorstellen können, mit den Italienern eine gemeinsame Währung zu haben.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen: In den 1980er Jahren kamen wir in Verhandlungen mit den Niederländern zu dem Ergebnis, dass wir eine gemeinsame militärische Einheit aufbauen könnten. Ich war nicht davon überzeugt, dass die Niederländer da mitmachen würden. Doch dann haben sie ihr Heer in diese erweiterte Division eingebracht, mit Ausnahme des Personals für die Häuser der Königin. Der Streit, der dann sofort darüber entstand, dass die Deutschen den Oberbefehl bekommen sollten, da sie eine größere Anzahl Soldaten eingebracht hätten, wurde mit einem vernünftigen Vertrag gelöst: Dieser legte fest, dass der Oberbefehl alle fünf Jahre wechseln würde. Und wenn ich mich richtig erinnere, haben wir jetzt den vierten deutschen Kommandeur dort, und kein Mensch redet mehr darüber. Das ist inzwischen mit den Niederländern ein Stück Selbstverständlichkeit geworden.

Ich empfinde dies alles als eine Vollenendung der Ideen von Joseph Rován. Er war ein Ratgeber, ein Mahner, ein Vordenker und ein Visionär. Viele von uns im Saal, auch ich persönlich, verdanken ihm viele Jahre des Rates, der Hilfe, der Unterstützung und der Freundschaft. Man kann es vielleicht so sagen: Joseph Rován war ein Glücksfall – für die Franzosen, für uns Deutsche und für die Europäer. Deswegen bin ich allen dankbar, die auch nach seinem Tod dieses Erbe pflegen. Nicht nur, indem man sich am Todestag daran erinnert,

sondern indem man in der politischen Praxis, ich sage das den hier anwesenden Kollegen aus dem Parlament, allen Sparzwängen zum Trotz, immer wieder darüber nachdenkt, was für die Schülerbegegnungen, für das Jugendwerk und vieles mehr getan werden kann, damit wir auf dem gemeinsamen Weg weiterkommen.

Meine Damen und Herren, bei Kriegsende war ich 15 Jahre alt und hörte von den Erwachsenen immer wieder den gleichen Satz: Das ist die Stunde Null, wir kommen nicht mehr auf die Beine. Dennoch sind wir wieder auf die Beine gekommen. Wenn ich das so

bedenke, sehe ich wieder *Joseph Rovon* vor mir stehen und denke: Der Mann hatte Recht. Mit seinem Leben hat er ein Signal gesetzt. Und ich möchte uns, ich schließe mich hier ein, auffordern, dass wir uns von *Joseph Rovon* immer wieder inspirieren lassen und für die deutsch-französische Freundschaft aktiv bleiben. Es ist wichtig, dass wir uns bewusst machen, dass Frankreich und Deutschland im Hause Europa zwei Säulen sind, die existenziell sind für den Gesamtbau. Und wenn wir das so begreifen, denken wir mit Recht an *Joseph Rovon*.